



„Zu viel Bürokratie“

Wie Team K-Abgeordnete **Maria Elisabeth Rieder** die Organisation des **Schülertransports** effizienter gestalten will.

Der Schülerverkehrsdienst ist ein essenzieller Bestandteil der Schulversorgung in Südtirol. Bereits Mitte Februar müssen die Eltern Antrag auf Schülerbeförderung stellen, damit schließlich im August feststeht, welches Kind Anrecht auf Transport hat und welches nicht. Dahinter steckt ein mehrstufiger komplizierter Prozess, den Maria Elisabeth Rieder, Landtagsabgeordnete vom Team K, vereinfachen möchte. Im vergangenen Schuljahr seien über 4.800 händisch ausgefüllte Anträge von den Schulsekretariaten in das entsprechende Programm eingegeben worden, bevor sie an das Amt für Schulfürsorge weitergeleitet werden, wo die Ansuchen geprüft und genehmigt werden. „Das ist ein kompliziertes Verfahren mit viel bürokratischem Aufwand, das dringend vereinfacht werden muss. Die Ansuchen sollen zukünftig digital eingereicht werden können. Außerdem schlage ich vor, dass nur noch jene Schüler ein Ansuchen vorlegen müssen, die neu in den Dienst aufgenommen werden beziehungsweise Wohnort oder Schule wechseln. Das ist ein Schritt hin zu einer modernen, bürgernahen Verwaltung, die den



Maria Elisabeth Rieder

Prozess für Eltern und Schulen vereinfacht“, erklärt Rieder.

Daneben soll der Transport vor allem zu abgelegenen Bauernhöfen für Mietwagenfahrer attraktiver gestaltet werden, indem die Vergabekriterien angepasst werden. In den vergangenen Jahren sei es nämlich immer wieder vorge-

kommen, dass niemand gefunden wurde, der bereit war, den Schülertransport zu übernehmen und somit, obwohl der Antrag auf Schülerbeförderung genehmigt worden war, am ersten Schultag

„Das ist ein Schritt hin zu einer modernen, bürgernahen Verwaltung, die den Prozess für Eltern und Schulen vereinfacht.“

kein Schulbus kam. „Diese Unsicherheit ist für die Eltern unzumutbar, denn sie müssen sich dann selbst organisieren und ihre Kinder in die Schule bringen“, kritisiert die Team K-Abgeordnete und schlägt daher die Vergabe von Erschwernispunkten und eine höhere Vergütung für die Beförderungsdienste vor.